

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 79 (1999)
Heft: 2

Artikel: Marktwirtschaft und Selbstorganisierende Gesellschaft
Autor: Doering, Detmar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166073>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Detmar Doering,
geboren 1957, studierte
Philosophie und Ge-
schichte an der Uni-
versität zu Köln und
am University College
London. Promotion 1989
im Fach Philosophie.
1980-1983 Gründungs-
landesvorsitzender der
Jungen Liberalen in
Nordrhein-Westfalen;
1990-1994 Referent
für Ordnungspolitik und
Grundsatzfragen bei der
Friedrich-Naumann-
Stiftung in Königswin-
ter. Seit 1995 Stellver-
tretender Leiter (Be-
reich Wissenschaft)
des Liberalen Instituts
in Königswinter.

MARKTWIRTSCHAFT UND SELBSTORGANISIERENDE GESELLSCHAFT

Ein Zerrbild geht um in Europa. Als «Neoliberalismus» oder «Marktliberalismus» ist es bekannt. Die Modepropheten sind sich einig: Hier läge eine Weltverschwörung vor, die im Namen der «Globalisierung» eine Utopie realisieren wolle, in der nichts als die Befriedigung von Selbstsucht und Profitgier mehr bestehen könne. Das Ende der Moral stehe bevor.

So oder so ähnlich sieht das Zerrbild «Neoliberalismus» aus, das in den Medien Kontinentaleuropas kursiert. Ein Zerrbild muss es wohl sein, denn man wird in dieser Welt vergeblich ernstzunehmende Leute finden, die einer solchen Utopie der Selbstsucht anhängen. Der peruanische Schriftsteller *Mario Vargas Llosa* sagte kürzlich nicht ohne Berechtigung, er kenne niemanden, der sich «neo-liberal» nenne. Wer also auf die Fiktion des «Neoliberalismus» zielt, will etwas anderes treffen, nämlich den echten Liberalismus. Es handelt sich um den antiliberalen Kampfbegriff der neunziger Jahre schlechthin.

Dieser echte Liberalismus ist natürlich alles andere als eine Philosophie der Unmoral. Im Gegenteil, er besitzt eine äußerst strikte und kohärente Moral: den Universalismus der unveräußerbaren Menschenrechte. Worin denn nun diese Rechte bestehen, darüber hat es immer wieder abweichende Meinungen gegeben. Rechte sind in der heutigen Diskussion häufig nur noch Ansprüche, die man über den Staat an seine Mitbürger erhebt, und die subjektiv als besonders dringlich eingestuft werden. An wen und wieviel Ansprüche erhoben werden sollen, bleibt unklar, d.h. politischer Verhandlung, d.h. der Macht überlassen. Ein solches Verständnis von «Rechten» ist nicht liberal und universalistisch, sondern beliebig. Das liberale Verständnis von Rechten ist hingegen nicht beliebig und kann es auch nicht sein. Es geht schliesslich um den Schutz des In-

dividuums vor Übergriffen. Lässt man den potentiellen Übergreifern beliebige Interpretationsspielräume über die Rechtsphäre des Individuums, dann ist es mit diesem Schutz schnell vorbei.

Die Moral des Eigentums

Der von *John Locke* entwickelte, liberale Begriff von Rechten dreht sich um das Eigentum. Mag sein, dass dies dem Liberalismus sein «materialistisches» Image eingetragen hat, doch *Locke* versteht unter Eigentum etwas wesentlich Umfassenderes als materiellen Reichtum. Er vertritt ein moralphilosophisches Konzept. *Property* bedeutet zunächst einmal nichts anderes als Respekt vor der Person. Ein Mensch gehört sich selbst und niemandem sonst! Von *self-ownership* spricht man in Amerika. Damit ist jeder Gewalt eine physische Grenze gesetzt. «Äusseres» Eigentum kann ein Mensch nur dann legitim erwerben, wenn er dabei andere Personen nicht verletzt, d.h. durch Erstbenutzung freier Ressourcen, durch Tausch, durch Geschenk oder durch Vertrag. Nur eine solche liberale Auffassung ist im Sinne *Kants* als universale Maxime, d.h. als kategorischer Imperativ denkbar.

Eigentum – das Eigentum des einzelnen an sich selbst – beinhaltet also einen sehr strikten Moralcode – einen so strikten Code, dass ihm bisher noch keine menschliche Gesellschaft völlig gerecht wurde; eine Utopie, der man sich nur annähern

kann. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen. *Erstens:* Eine durch ein solches rigides Rechtsverständnis konstituierte «Gesellschaft» ist immer und *per se* eine «Selbstorganisierende Gesellschaft». *Zweitens:* Eine so konstituierte Gesellschaft kann die Marktwirtschaft nicht durch Zwang einschränken.

Zum ersten Punkt: Dort, wo Menschen sich selbst gehören, organisieren sie sich freiwillig. Dort, wo Zwang herrscht, werden sie organisiert. Daher scheint der Begriff «Selbstorganisierende Gesellschaft» auf den ersten Blick mit dem Begriff «liberale Gesellschaft» weitgehend identisch. Das einzige, was einen Liberalen ein wenig skeptisch machen könnte, wäre der Begriff «Gesellschaft», der meist recht unpräzise und holistisch gebraucht wird. In der Lockeschen Theorie ist die Sache noch klar. Die durch Kontrakt begründete Rechtsgemeinschaft ist die Gesellschaft. Ein dieser Rechtsgemeinschaft übergeordnetes «gesellschaftliches Ziel» oder gar eine inhaltliche Identität, die über den bindenden Rechtscharakter des Vertrages hinausgeht, gibt es nicht. «*There is no such thing as society*», sagte Margaret Thatcher einmal zu Recht. Sie wollte damit jene Post-68er treffen, die immer davon sprachen, dass die «Gesellschaft» an allem schuld und deshalb auch für alles Mögliche verantwortlich sei. Gesellschaften können weder schuldig noch verantwortlich sein; dies können nur Individuen. Das, was heute meist «Gesellschaft» genannt wird, ist in Wirklichkeit eine verkürzte Beschreibung von einem hochkomplexen Interagieren zwischen Individuen. Das gilt sowohl für liberale (d.h. sich vollständig selbstorganisierende) wie für unfreie (d.h. Teilgruppen «selbstorganisieren» sich zu Lasten anderer Teilgruppen) «Gesellschaften». Letztere basieren eben nur nicht auf einem universalistischen, liberalen Verständnis von Rechten als Eigentumsrechten.

Zum zweiten: Wo Mensch und Eigentum durch Recht geschützt sind, da kann der freie Austausch von Eigentumsrechten – also die Marktwirtschaft – nicht legitimerweise unterbunden werden. Es mag natürlich andere legitime Formen menschlichen Interagierens geben als kaufen und verkaufen. Echt solidarisches oder liebenswertes Handeln darf nicht durch staatlichen Zwang unterbunden werden. Natür-

Menschen
werden immer
kaufen und
verkaufen und
auch etwas
für ihre
Mitmenschen
tun.

lich kann man sich in einem rein theoretischen Denkmodell auch einen strikt auf Freiwilligkeit basierenden Kollektivanarchismus mit Gütergemeinschaft als Alternative zur Marktwirtschaft vorstellen. Es ist aber nicht anzunehmen, dass diese Ordnung stabil wäre. Hält sie sich an ihr Freiwilligkeitsgebot, dann werden immer wieder Individuen und Gruppen ausscheren, um doch Marktwirtschaft zu praktizieren. Da man sich realistischerweise eine kollektiv-anarchistische Gesellschaft kaum als ökonomisch erfolgreich denken kann, würde dies sicher sehr häufig geschehen. Entweder löst sich dann die kollektiv-anarchistische Gesellschaft auf (vielleicht als genossenschaftliches Unternehmen in einem freien Wettbewerb mit anderen Unternehmen) oder sie versucht die Abwanderung mit Zwang zu verhindern und gleitet in einen kollektivistischen Totalitarismus ab.

Erzwungener Gemeinsinn?

Eine liberale Selbstorganisation wird also immer mit einer freien Marktwirtschaft verknüpft sein. Es kommt hierbei gar nicht auf ein bestimmtes Menschenbild an. Die Frage danach ist von geringerer Bedeutung für die liberale Theorie als man gemeinhin annimmt. Das Recht des einzelnen ist nicht davon tangiert, ob er Egoist oder Altruist ist. Man braucht keine Reduktion auf den egoistischen *Homo oeconomicus* zu verfechten, um Liberaler zu sein. Menschen werden immer kaufen und verkaufen und auch etwas für ihre Mitmenschen tun.

Hier erhebt sich nun sowohl von konservativer als auch von sozialistischer Seite Widerspruch (im Kommunitarismus scheinen beide fusioniert zu haben). Die blosse theoretische Möglichkeit, in einer liberalen Selbstorganisation auch generös und altruistisch zu sein, nütze nichts, meint man dort unisono. Der Markt würde diese Möglichkeit ständig unterminieren. Jedes kollektive Kapital an Gemeinsinn würde erodiert, zumindest aber würde die Eigentumsmoral nichts Positives zum Aufbau eines solchen Kapitals beitragen.

Man kann diesem Argument schon rein logisch entgegenhalten, dass jedes Abweichen vom liberalen Rechts- und Eigen-

tumsgedanken nichts anderes als erzwungenen Gemeinsinn produziert – d.h. in Wirklichkeit keinen Gemeinsinn. Zumindest ist die Freiheit eine notwendige Voraussetzung, allerdings keine notwendigerweise hinreichende Bedingung. Angesichts der Komplexität zwischenmenschlicher Interaktion in modernen Grossgesellschaften kann es im übrigen keine notwendig hinreichenden Bedingungen dafür geben. Auch die politische Dekretierung kann (und wird in den meisten Fällen) hier fehlgeschlagen. Tatsächlich kann aber Freiheit dennoch ein Motor für eine Gesellschaft sein, die «selbstorganisiert» ist und zugleich Werte und Institutionen gemeinschaftlichen Zusammenlebens produziert. Zunächst einmal gibt es schon innerhalb einer marktwirtschaftlichen Ordnung so etwas wie eine Moral des Eigentums, die der Markt generiert und deren Erwirkung auch für die Teilnehmer lohnend ist. Dazu gehört etwa Gewaltverzicht und Vertragstreue.

Markt generiert Kultur der Interaktion

Die Wirkung, die dadurch hervorgebracht wird, wird gerne unterschätzt und als nicht wesentlich betrachtet. Erst der Blick darauf, was passiert, wenn auch der marktwirtschaftliche Aspekt der gesamten Freiheit abgeschafft ist, verschafft Klarheit. Chile und die Länder des ehemaligen Sowjetimperiums liefern ein Beispiel. Beide hatten Systeme der Unfreiheit – Chile unter *Pinochet*, das Sowjetimperium unter den Kommunisten. Chile liess während dieser Zeit die Marktwirtschaft intakt (ja verbesserte sie sogar), im Sowjetimperium war sie abgeschafft. Vergleicht man, wie leicht oder schwer die Transformation zu einer stabilen rechtsstaatlichen Demokratie jeweils fiel, so ist klar, dass dies in Chile besser gelang. Warum? Die alltägliche, von der Wirtschaftsfreiheit generierte «Kultur» der menschlichen Interaktion war noch intakt geblieben. Die Gesellschaft blieb in einer wesentlichen Sphäre weiterhin in der Lage, sich selbst zu organisieren und entsprechende Verhaltenscodices und Institutionen zu bewahren, während im Kommunismus alles auf deren Zerstörung hinauslief. Tatsächlich ist es die staatliche Planwirtschaft, die eine Gesellschaft ato-

.....

**Tatsächlich
ist es die
staatliche
Planwirtschaft,
die eine
Gesellschaft
atomisiert,
und nicht die
Marktwirtschaft.**

.....

misiert, und nicht die Marktwirtschaft. Über die blosse «formale» Einhaltung von Eigentums- und Vertragsrechten hinaus wird der Marktprozess (zum Teil als unbeabsichtigte Konsequenz) immer noch mehr an Kultur des Zusammenlebens produzieren. Ein trivial anmutendes Beispiel ist die Mode. Sie konstituiert ohne Zwang Gemeinsames, bisweilen sogar Gruppenidentität. Eine Kultur des Zusammenlebens entsteht, weil ohne Firmenkultur, spezifische regionale Terminologie, Unternehmensführungsstil oder spezielle Vertrauensbildung beim Kunden die Transaktionskosten bei Marktprozessen zu gross würden. Eine Marktwirtschaft, die sich kein Ethos schafft (was es in der Praxis kaum je gab) ist ineffizienter als eine, die dies tut. Alles dies ermöglicht auch ausserhalb des Wirtschaftsbereiches eine stärkere Befähigung zur Selbstorganisation.

Ein Blick auf die Geschichte zeigt dies. Alle diejenigen, die einen moralischen Verfallsprozess seit dem 19. Jahrhundert – der grossen Zeit der bürgerlichen Moral – mit mehr oder minder guten Gründen konstatieren, um ihn der zunehmenden Marktliberalisierung zuzuschreiben, irren sich. Seit dem viktorianischen Zeitalter hat fast überall in der Welt die Marktfreiheit drastisch abgenommen. Der Verfall der Sitten korrespondierte eher mit dem Aufstieg des Wohlfahrtsstaats. Selbst die achtziger Jahre – das vermeintliche *age of greed* der *Reagan/ Thatcher*-Jahre, das von den Medien immer wieder als moralzerstörend beklagt wurde (der Erfolg von «Dallas» im Fernsehen schien dafür symptomatisch) – sahen in Wirklichkeit eine Grössenzunahme des Wohlfahrtsstaates – zumindest, was seine Kosten anging. Umgekehrt: Die Zeit, in welcher der (Markt-) Liberalismus sich weitgehend durchsetzte, wird heute als «viktorianisches Zeitalter» verspottet, weil es die Moral so hoch einschätzte, dass man es meist als «spiessig» bezeichnet. Das, was wir heute als das intakte «bürgerliche» Modell der Familie beschreiben, entsteht erst wirklich in dieser Zeit. Dies widerlegt auch die These, dass der Liberalismus einen ererbten «Kapitalstock von Moral» aus früheren Zeiten erodieren lasse. Die grosse Zeit des Liberalismus im 19. Jahrhundert war – nach dem durchaus weniger sittenstrengen 18. Jahrhundert – überaus «moralproduzierend».

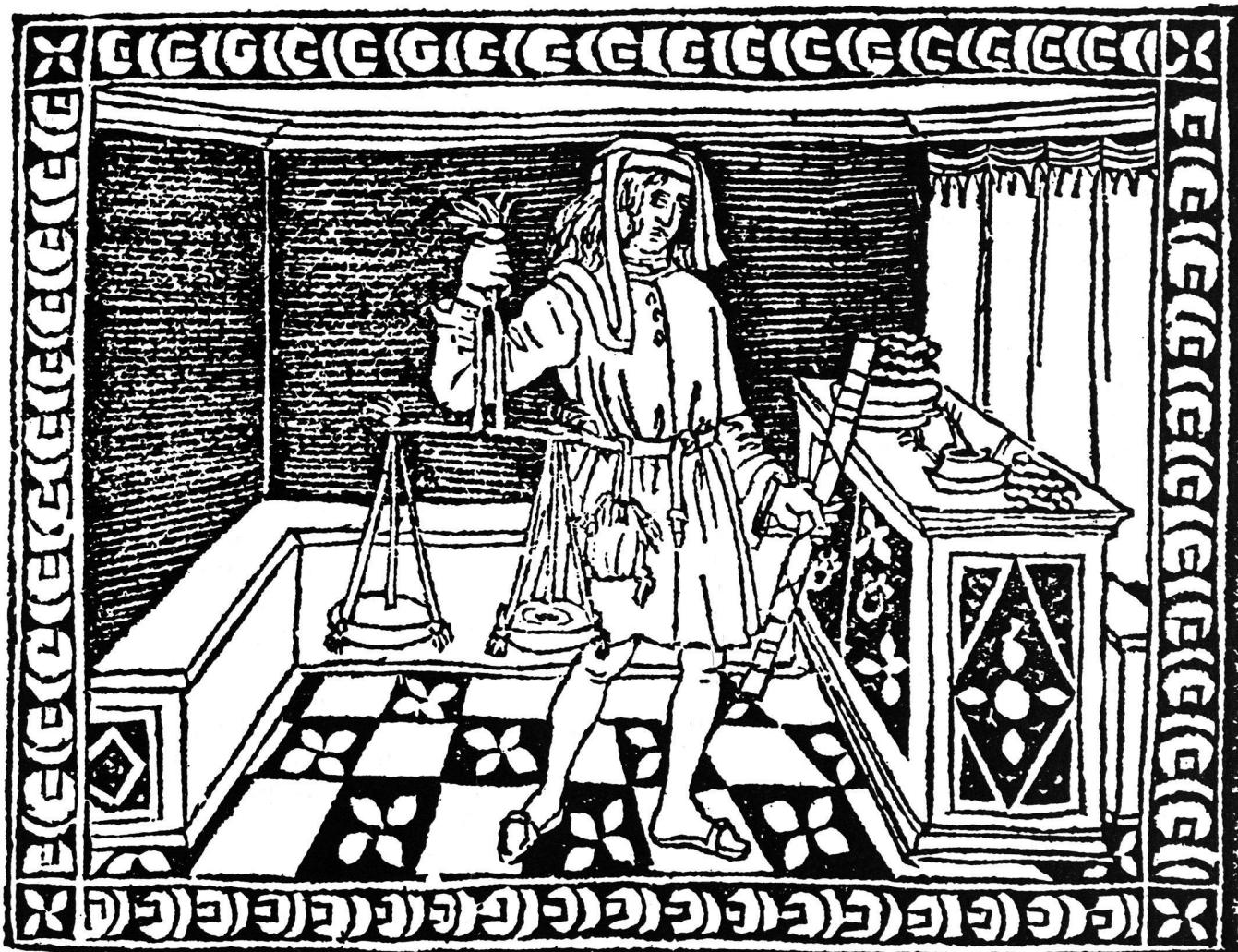
Die Zerstörung von privat (selbst-) organisierter Gemeinschaftsfürsorge ist ein Problem historischen Ausmasses. Es soll hier nicht gesagt werden, dass private Hilfe im 19. Jahrhundert alle Probleme der Welt gelöst habe. Niemand – weder Private noch der Staat – kann so etwas versprechen. Jedoch war das Ausmass der privaten Philanthropie im Vergleich zu heute enorm. Dabei ist zu bemerken – nur, um den Zusammenhang von selbst-organisierender Fürsorge und selbstorganisierender Marktwirtschaft zu unterstreichen –, dass hier gerade die radikalsten Marktliberalen mit die aktivste Rolle spielten. Dazu gehören die zu Unrecht vielgeschmähten «Manchester-Liberalen» wie *John Bright* und *Richard Cobden* in England oder *Hermann Schulze-Delitzsch* und *Friedrich Harkort* in Deutschland. Sie waren die Mitbegründer des Genossenschaftswesens und der Arbeitervereine – eine Konzeption, die bewusst zur Verhinderung von Verstaatlichung und Ent-

.....
*Die grosse
Zeit des
Liberalismus im
19. Jahrhundert
war – nach
dem durchaus
weniger
sittenstrengen
18. Jahrhundert –
überaus
«moral-
produzierend».*

mündigung bei der Fürsorge entwickelt wurde.

Die Zahlen sprechen für sich. Als im Jahre 1911 in England 11,5 Millionen Menschen erstmals in die gesetzliche Sozialversicherung gezwungen werden, ist dies keineswegs der Riesenfortschritt, den spätere Geschichtsmythologie daraus macht. Diese Mythologie, die immer noch in Schulbüchern verbreitet wird, bewirkt, dass die meisten Menschen heute glauben, die arbeitende Bevölkerung sei zuvor den Widrigkeiten des Lebens schutzlos ausgesetzt gewesen – bis sich fürsorgliche Politiker ihrer annahm. Die Wirklichkeit ist anders. 1911 sind bereits über 9 Millionen Menschen (privat!) versichert.

In Deutschland, wo der konservative Fürst *Bismarck* gegen den erbitterten Widerstand der Linksliberalen (deren Genossenschaftswesen damit zerschlagen werden soll) als Erster die Sozialversicherung einführt, ist die Situation kaum anders. Zwei Drittel derer, die nun ver-



Geldwechsler mit Waage. Holzschnitt aus einem 1493/94 in Florenz gedruckten Buch.

sichert werden, waren bereits zuvor entsprechend versichert.

In anderen Bereichen «sozialer» Staats-tätigkeit sieht es ähnlich aus. Der kanadi-sche Ökonom *Edwin G. West* entdeckt in seiner 1965 erschienenen Studie «Education and the State» über das englische Schulsys-tem, dass die Alphabetisierungsquote vor der Einführung des staatlichen Grund-schulwesens durch den *Foster Act* von 1870 genauso hoch ist wie heute. Eltern und gemeinnützige freiwillige Vereinigungen sind also bereit, Verantwortung für die Bildung der Kinder zu übernehmen. Von dieser Verantwortung ist dank der Ver-staatlichung des Schulwesens nichts mehr übriggeblieben. Der englische Sozialwis-senschaftler *David G. Green* nimmt sich in seinem Buch «Reinventing Civil Society» 1993 der Organisation des Gesundheits-wesens in England an. Er entdeckt, dass der Umfang privater Kooperativen und Versicherungen bisher immer unterschätzt wurde. Allein die schon seit dem 18. Jahr-hundert bestehenden *Friendly Societies* haben noch 1910 4 734 538 Mitglieder. Vor allem stellt *Green* fest, dass diese ver-schiedenen Institutionen immer direkt dem Patienten gegenüber verantwortlich sind, von denen sie schliesslich abhängen. Sie übt-en daher wirklich Kostendruck auf Ärzte und Hospitäler aus. Es existierte ein Wettbe-werb, der niemanden aus der Verantwor-tung liess. Alles dies wird durch die von vermeintlich «verantwortungs bewussten» Politikern durchgeföhrte Nationalisierung des Gesundheitswesens 1948 zerstört. Un-terversorgung und Kostenexplosion stehen daher heute auf der Tagesordnung.

Der britische «National Health Service» ist nicht das einzige Beispiel, wo der Staat bewusst oder unbewusst die «selbstorgani-sierte» Fürsorge zerstörte. Er tat es immer vor dem Hintergrund einer marktfeindli-chen Ideologie.

Es ist also keine hohle Phrase, dass der moderne Wohlfahrtsstaat die wohltätigen und verantwortungsvollen Bausteine der Gesellschaft in einem unvorstellbaren Masse zerstört hat.

Privatisierung als Anreiz moralischer Evolution

Die Propaganda des staatlichen Wohl-fahrtsapparats hat uns systematisch verges-

sen lassen, wieviel Grossartiges eine freie, «selbstorganisierende» Bürgergesellschaft leisten kann, die wieder reale Eigenverant-wortung realen Individuen zurückgibt.

Gibt es einen Weg zurück zu mehr «Selbstorganisation»? Sicher, alleine der Druck der leeren öffentlichen Kassen macht die Privatisierung bisher öffentli-cher Betriebe und Beteiligungen fast schon zur unausweichlichen Notwendigkeit. Li-berale fordern dies natürlich nicht nur aus Einsicht in die Notwendigkeit, sondern aus prinzipieller ökonomischer und mora-lischer Überzeugung. Soweit also die Wirt-schaft im engeren Sinne betroffen ist, lässt sich Selbstorganisation durchaus herstellen – jedenfalls gründlicher und in grösse-rem Umfange als es jetzt noch geschieht. Reicht dies aber aus, um die gesamte Fähigkeit zur gesellschaftlichen Selbstor-ganisation wiederherzustellen? Der Über-gang zu mehr Marktwirtschaft führt nicht automatisch zu mehr gemeinnütziger Eigeninitiative im Fürsorgebereich. In Osteuropa hat er in vielen Fällen zu einer bindungs- und rücksichtslosen Ellbogen-mentalität geführt, die mit einer Nostalgie zugunsten des alten Regimes beantwortet wird. Man muss sich vor Augen führen, dass die lange Abwesenheit von echtem Eigentum auch die Moral des Eigentums gründlich zerstört hat. Die Reetablierung von rechtlich gesichertem Eigentum kann hier zunächst nur Voraussetzungen für eine Entwicklung schaffen. Eine wirtscha-fliche, gesellschaftliche und politische Kul-tur kann nur selten von heute auf morgen geschaffen werden. Es sind die Anreize, die durch die Rechts- und Eigentumsordnung gesetzt werden, welche entscheiden, ob die moralische Evolution erfolgreich sein wird und in der Lage ist, sogar tief verwurzelte kulturelle Blockaden zu überwinden.

Dies sollte uns aber nicht daran hindern, durch Privatisierung die richtigen Anreize für eine solche Evolution zu setzen. Das gilt natürlich vor allem für jenen Bereich, der besonders dazu angetan ist, dem einzelnen den Gemeinsinn «abzukau-fen» und *moral hazards* zu kreieren, d.h. ihn zur Überbeanspruchung öffentlicher Ressourcen zu animieren. Man soll sich dabei selbstredend keine Illusionen ma-chen, ob eine solche Politik vollständig realisierbar ist. Es ist schon aus anthro-pologischer Sicht unwahrscheinlich, dass

.....
.....
*Es ist
keine hohle
Phrase, dass
der moderne
Wohlfahrtsstaat
die wohltätigen
und verantwor-tungsvollen
Bausteine der
Gesellschaft
in einem
unvorstellbaren
Masse
zerstört hat.*
.....
.....

Menschen einen Staat akzeptieren, der nicht ein wenig paternalistisch ist (unser Instinktapparat, so hat *Friedrich August von Hayek* einmal bemerkt, entstand in einer Zeit, in der der Mensch in der solidarischen Kleinhorde lebte). Auch kann es durchaus sein, dass minimale soziale Absicherungen für das Überleben der Gesamtordnung notwendig sind. Vor allem aber hat der Staat sich selbst Probleme geschaffen, die ihn und sein Tun für eine Weile weiter legitimieren, selbst wenn man eigentlich über die Legitimität des Ganzen seine Zweifel hegt. So kann etwa das staatliche Rentenversicherungssystem, das jetzt noch auf einem «Generationenvertrag» basiert, nicht einfach auf Kapitaldeckungsverfahren umgestellt und dann privatisiert werden. Die gegenwärtigen Rentner – Beitragszahler allemal! – können ja nicht entschädigungslos in das soziale Nichts geworfen werden. Zwischen 40 (optimistische Schätzung des Kronberger Kreises) und 70 Jahren (Schätzung der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer) würde die Umstellung in Deutschland dauern.

Dort, wo Privatisierung, d.h. die Überführung in die Marktwirtschaft, zumindest zunächst nicht möglich ist, kann man zumindest über förderliche Anreizsysteme nachdenken. Wer sich aus der Abhängigkeit vom Arbeitslosengeld emanzipiert und einen Job mit geringer Bezahlung annimmt, könnte etwa Lohnzuschüsse beziehen; wer sich für ein Jobangebot «zu fein» ist, kann Kürzungen hinnehmen. So oder so ähnlich, könnte man in vielen Bereichen wenigstens Verbesserungen schaffen. Der Privatisierung muss aber dennoch der

*Solidarität ist
nur echte
Solidarität,
wenn sich
jeder bemüht,
zunächst einmal
nicht die
Solidarität
anderer zu
bemühen.*

Vorrang vor jeder noch so cleveren Politik, die – mehr oder minder unvollkommen – Marktanreize simuliert, gegeben werden.

Wie man einen solchen Politikwechsel bewerkstelligen soll, darauf gibt es keine Patentantwort. Muss erst die Krise des Wohlfahrtsstaats so virulent werden, dass den Menschen keine andere Wahl mehr bleibt, als die, den Weg zur freien Marktwirtschaft zu gehen? Das ist ein Spiel mit hohem Risiko, denn es ist nicht auszuschliessen, dass am Ende diejenigen, die vom Wohlfahrtsstaat abhängen, den autoritären Ausweg suchen.

Es bleibt am Ende nur die Kraft des Argumentes. Kein geringerer als der grosse österreichische Liberale *Ludwig von Mises* schrieb denn auch bereits im Jahre 1927: «Für den, der die Welt zum Liberalismus zurückführen will, bleibt kein anderer Weg offen als der, seine Mitbürger von der Notwendigkeit der liberalen Politik zu überzeugen.»

Wer eine «Selbstorganisierende Gesellschaft» haben will, der will sicher auch eine solidarische Gesellschaft. Diese funktioniert nur, wenn sich alle an eine strikte Moral des Eigentums halten. Das heisst: Solidarität ist nur echte Solidarität, wenn sich jeder bemüht, zunächst einmal nicht die Solidarität anderer zu bemühen. Solidarität ist nur dann echte Solidarität, wenn sie freiwillig ist. Diese Perspektive ist auf Selbstorganisation gerichtet und vereint den Solidaritätsgedanken und das Einstehen für die freie (adjektivlose) Marktwirtschaft. Eine Gesellschaft, in der niemand auf Kosten des anderen lebt – lassen sich dafür nicht die stärksten Argumente finden? ♦

*Die Tatsache, dass bestimmte Massnahmen ergriffen und immer wieder von neuem ergriffen wurden, beweist nichts dafür, dass sie nicht sinnwidrig wären.
Sie beweist nur, dass die, von denen sie ausgehen, ihre Sinnwidrigkeit nicht erkannt haben.*
Ludwig von Mises, Interventionismus, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 56. Bd., 1926, abgedruckt in: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie, Hrsg. von Kurt Leube, Texte – Band 1, Wien 1995, Manz.